

Abend-Ausgabe.

Deutschland.

Berlin, 11. Juli. Zur Nordlandreise des Kaisers wird aus Christiansand vom Montag geschrieben:

Am Innerntag Nachmittag wurde die Stadt Christiania durch den ganz unerwarteten Besuch des deutschen Kaisers überrascht, der hier gegen 6 Uhr mit der „Hohenzollern“ und dem Panzergeschiffe „Gefion“ eintraf. Begleitet von der Batterie auf Bagmansholmen, der sofort erwirbt wurde. Nachdem der Kaiser den Besuch des deutschen Konsuls und des Kommandanten Snaap an Bord entgegengenommen hatte, ließ er sich und sein Gefolge in Dampfbarkassen in Subwigen an das Land setzen, von wo aus dann Spaziergänge in die umgebende der Stadt gemacht wurden. Ein kleines Mädchen überreichte auf einem Wege dem Kaiser ein schönes Rosenbouquet, das er mit freundlichem Lächeln entgegennahm, indem er auf norwegisch sagte: „Mange Tak!“ (Vielen Dank.) Am Sonnenabend Abend ankerten die Kaisergeschiffe in Oddevjord. Am Sonntag hielt der Kaiser Gottesdienst an Bord ab. Eine Fahrt nach dem Baatefos wurde am Montag von dem Kaiser und seinem Gefolge in 20 Karriolen unternommen. Am Baatefos wurde ein Frühstück eingenommen, und erst gegen Abend kehrte die ganze Gesellschaft von diesem prächtigen Ausflug. zurück.

— Die Beseitigung der Bestimmung des Einführungsgesetzes zu dem Bürgerlichen Gesetzbuch, die sich auf die fortdauernde Geltung der Anfechtungsgesetzgebung bezieht, hat zu der Frage Anlass gegeben, ob hiernit das preussische Gesetz vom 26. April 1886 über die Anfechtungen in den Provinzen Preußen und Posen in Wegfall gekommen ist. An und für sich läßt sich viel für die Befassung sagen, soweit die Bestimmungen über das Anfechtungsrecht in Betracht kommen; die Streichung der Vorbestimmung des Einführungsgesetzes gestattet ja keinen Zweifel daran, daß die Absicht der Mehrheit des Reichstags darauf gerichtet war, dieses Gesetz mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches zu beseitigen. Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß von diesem Zeitpunkte an Rentengüter, wie sie in dem Gesetze von 1886 erwähnt sind, nicht mehr errichtet werden könnten. Das Gegenteil ist der Fall, wenn auch das Anfechtungsgesetz als solches mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches seine Geltung einbüßt, so können gleichwohl Rentengüter noch errichtet werden, und zwar nach Maßgabe der preussischen Gesetze vom 27. Juni 1890 bezw. 7. Juli 1891, deren fortdauernde Geltung ja nicht in Zweifel gezogen werden kann. Die Grundzüge des Anfechtungsgesetzes sind aber bekanntlich dieselben wie die der beiden Gesetze, die für das ganze Staatsgebiet gelten und die Rentengüterform in wirtschaftlich-sozialem Interesse verwenden, während das erstere sich nur auf die Provinzen Preußen und Westpreußen bezieht und die Errichtung solcher Güter zu national-politischen Zwecken vorzieht. Unablässig dürfte also der Wegfall des Vorbehalts zu Gunsten der Anfechtungsgesetzgebung nur sehr wenig bedeuten, der Bestand der errichteten Rentengüter wird hierdurch ebenso wenig gefährdet, wie die fernere Gründung derselben eine Hinderung oder Erschwerung erfährt. Am deswillen hat auch in der Sitzung des Reichstags jedenfalls die preussische Regierung es unterlassen, den Antrag auf Streichung des Vorbehalts zu bekräftigen. Möglic, vielleicht sogar wahrscheinlich, daß der polnische Abgeordnete, der den betreffenden Antrag stellte, anderer Meinung war, daß er glaubte, mittels dieses Unfarenkündens die vielgehaßte Bismarcksche Anfechtungsgesetzgebung mit Stumpf und Stiel beseitigen zu können. Er hat sich eben dann verrednet und nicht bedacht, daß Rentengüter nach dem Gesetze von 1890 genau daselbe sind wie nach dem Gesetze von 1887. Selbstverständlich berührt aber die jegige Streichung nicht die Bestimmung des § 1 des Gesetzes vom 26. April 1886, wonach der Staatsregierung ein Fonds von 100 Millionen zur Verfügung gestellt ist, um zur Stärkung des deutschen Elements in jenen beiden Provinzen Westpreußen und Posen gegen polonisirende Bestrebungen durch Ansiedlung deutscher Bauern und Arbeiter Grundstücke käuflich zu erwerben u. s. w. Dieser Kredit ist der preussischen Staatsregierung rechtsgültig eingeräumt, und er kann nachträglich nur durch ein besonderes preussisches Gesetz eingeschränkt oder eingezogen werden.

-- Li-Sung-Tschang wird nicht nach Wien kommen. Der Bischof von begiebt sich von Brüssel über Paris nach London, von wo er direct nach China zurückkehren soll. Er hat auf eine Anfrage sich geäußert, daß er zu seinem Bedauern der ehrenvollen Einladung nach Wien nicht Folge leisten könne. Die mehmonatliche Rundreise habe seine Kräfte erschöpft, und sein Gesundheitszustand zwingt ihn, besonders angesichts seines hohen Alters, sich die größte Schonung aufzubereiten.

— Die „Lib. Korr.“ schreibt im Widerspruch zur „All. Pol. Korr.“: die Annahme, daß Bayern mit der Konvertirung seiner vierprozentigen Anleihen den Anfang machen werde, beruht auf falschen Voraussetzungen. Finanzminister v. Fischer hat sich zur Konvertirung der bayerischen Anleihen ermächtigen lassen, weil die nächste Tagung des bayerischen Landtags erst im Spätherbst 1897 beginnt; die bayerische Regierung aber möglicherweise vor diesem Zeitpunkt zur Konvertirung berufen werden könnte, die nach seiner ausdrücklichen Erklärung im Einverständnis mit dem Reich und Preußen gleichzeitig mit diesen erfolgen werde.

— Nach einer Mitteilung des „Hamb. Korr.“ wird sich die Ausführung des „Schutzgruppen“-gesetzes noch bis zum Herbst hinziehen. Bekannt ist schon, daß vom Reichskanzler eine Verfügung über die künftige Organisation der Schutzgruppen ergehen soll, ferner soll noch eine Anzahl anderer dazu gehöriger Verordnungen erlassen werden. Der Reichskanzler ist aber bis Mitte nächsten Monats beurlaubt, und so lange ruhen diese Arbeiten. Daher wird an den berufenen Stellen angenommen, daß das Reichsmarineamt die Angelegenheiten der Schutzgruppen etwa bis zum 1. Oktober verwalten wird und daß sie dann erst an das Auswärtige Amt übergehen.

— Angesichts des Schiedsgerichts, welches in der Lippe'schen Successionsfrage unter dem Vorsitz des Königs von Sachsen aus der Zahl der Reichsgerichtsräthe zusammentreten soll, sei

darauf hingewiesen, daß das höchste deutsche Ge-
 richt, damals das ehemalige Reichs-Obherbogens-
 gericht, bereits schon einmal als Schiedsgericht
 zwischen deutschen Bundesstaaten fungirt hat.
 Damals handelte es sich um Hoheitsrechte, wel-
 che bezüglich gewisser Realitäten am linken Ufer des
 Werraflusses zwischen Sachsen - Meinungen und
 Schwarzburg-Rudolstadt freitlig geworden waren.
 In dieser Sache erkannte das Plenum des
 Reichs-Obherbogensgerichts unter seinem da-
 malig-n Präsidenten Pope am 22. April 1876
 als „erwähltes Kompromißgericht“, indem es zum
 Theil zu Gunsten der einen und zum Theil zu
 Gunsten der anderen Partei entschied. Die
 Kosten trafen demgemäß beide Theile in gleicher
 Weise, doch blieben — ein Unikum in zivil-
 proceßualischem Verfahren — die Gerichts-
 gebühren außer Anfsatz, da es sich nicht um ein
 ordentliches Gerichtsverfahren, sondern um einen
 Schiedsspruch handelte. Die Geschäftsordnung
 für die Verhandlung und Entscheidung der Sache
 hatte auch hier das Gericht selbst aufgestellt.
 Das Urtheil selbst umfaßte außer dem Tenor
 49 gedruckte Foliosseiten und ist im Buchhandel
 erschieuen.

— Am Antrag der bairischen Regierung hat der Bundesrath am 8. Juli 1894 beschloffen, die Ausführungsbestimmungen zum Jesuitengesetz dahin abzuändern, daß die Redemptoristen nicht als dem Jesuitenorden verwandt angesehen sind und deshalb nicht unter das Jesuitengesetz fallen. Um so auffälliger erscheint es, daß der bairische Kultusminister neuerdings die Kreisregierungen benachrichtigt hat, daß weitere Niederlassungen der Redemptoristen außer den seit 1894 zugelassenen fünf Stationen die landesherrliche Genehmigung nicht erhalten würden. Einmal sei es fraglich, ob die Redemptoristen zur Zeit ein geeignetes, den bestehenden Vorschriften entsprechende Personal besäßen, und ferner sei die Entwicklung der Thätigkeit der bisherigen Gründungen abzuwarten! Sollte, so schreibt die „L. G.“, Herr v. Luz, der seiner Zeit die Zulassung der Redemptoristen beantragte, sich „geirrt“ haben?

— Das Kriegsministerium hat engstgig bestimmt, daß die beiden neuen aus den vierten Halbbataillonen zu bildenden Infanterieregimenten des Gardekorps nach Spandau kommen; das vierte Halbbataillon des Elisabeth-Regiments, das noch nicht nach Charlottenburg übersiedelt ist, bleibt in Folge dieser Verfügung in Spandau zurück. Die seit Jahren in Aussicht genommene Verlegung des 64. Infanterie-Regiments von Prenzlau und Ungerümünde nach Spandau wird wegen dieser Veränderung der Dinge nicht stattfinden. Für die neuen Garderegimenter, das 5. und 6., sind in Spandau hinreichend Kasernen vorhanden.

— Die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Schulaufsichtsverhältnisse wird von der „Freuz. Zeherzerg.“ durch eine Uebersicht über die Regelung der Schulaufsicht in Oberösterreich illustriert. Von den etwa 1200 katholischen Schulen des Bezirkes unterziehen 794 ausschließlich einer fachmännischen Beaufsichtigung durch die staatlichen KreisSchulinspektoren. Eine besondere OrtsSchulinspektion ist hier nicht vorhanden. Dagegen unterziehen 254 Schulen der Ortsaufsicht durch katholische Geistliche und 134 Schulen werden von anderen Nichtfachmännern beaufsichtigt. Unter den Letztgenannten befinden sich die verschiedensten Berufsstände: Förster, Gutsbesitzer, Pächter, Bauern, Gutsinspektoren, Vergleute, höhere und niedere Beamte, Aerzte, Apotheker, Militärs zc. So steht es in demjenigen Regierungsbezirk aus, in welchem die fachmännische Beaufsichtigung der Volksschule am weitesten zur Durchführung gekommen ist. Als ganz bezeichnend versteht man es bezeichnet werden, daß die Regierung neben den 36 staatlichen KreisSchulinspektoren in drei Kreisen evangelische Geistliche mit diesem Amte betraut hat und die evangelischen Schulen der betreffenden Kreise (Pledibrunn, Leobschütz-Kofel und Oppeln) der allgemeinen simultanen Kreisaufsicht entzogen hat. Das sind die Maßnahmen, welche die katholische Geistlichkeit immer wieder in Aufregung bringen und sie die Forderung erheben lassen, die weltliche Aufsicht überhaupt zu beseitigen. Die Klagen über Verletzung der Parität erhalten dadurch eine recht unerwünschte Befestigung, und der Minister, der eine solche Inkonsequenz billigt und so beiseitigen nicht gewillt ist, muß diesem Verlangen wohl oder übel nachkommen, was durch die bekannte Vermehrung der katholischen geistlichen OrtsSchulinspektoren, in drei Jahren um 1300, geschehen ist und nach Mittheilungen aus dem Lande in aller Stille weiter geschieht.

— Die agrarische Presse bemüht sich, die abzulehnende Stellungnahme der preussischen Seehandlung zu einem Antrage des Vorstandes des Bundes der Landwirthe betreffs vorstehender Vertheilung von Getreide agitatorisch auszunutzen. Die „Deutsche Tageszeitg.“ ist sofort mit der Behauptung bei der Hand, wenn es sich darum handelte, die Unterbringung größerer ausländischer Anteile den Großbanken zu ersichtlern oder den Bedürfnissen von Handel und Industrie im Geldverkehr zu genügen, dann finde sich auch die königliche Seehandlung, Sozialist bereit und in der Lage, zu helfen; wenn aber die Befriedigung dringender Bedürfnisse der Landwirthschaft in Frage stehe, so lehne es an „entsprechenden Bestimmungen“, welche das erlauben. Die „Nat.-Lib. Korv.“ bemerkt dazu:

„Das ist der gleiche Ton, der die agrarische Kampagne gegen die Reichsbank und ihre Verwaltung kennzeichnet. Das Organ des Bundes der Landwirthe theilt den Wortlaut des vom Vorstände des Bundes an die General-Direktion der Seehandlung gerichteten Antrages nicht mit, wohl aber den Wortlaut des ablehnenden Schreibens der General-Direktion. Es muß das umso mehr auf den Gehörten bringen, daß jener Antrag „keinen Haken habe, als der Abgeordnete von Wobyna, den man antagarischer Tendenzen gewiß nicht bezichtigen wird, in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 6. Februar d. Js. in der Lage war, mit dankbaren Worten die Bereitwilligkeit der Seehandlung anzuerkennen, da wo Vorstände eintreten, mit ihren Mitteln zu helfen, und weiterhin mitzutheilen, daß die Seehandlung sich veranlaßt gesehen habe, „auf eine Anregung des Bundes der Landwirthe hin Mittel zur Bombardirung des Getreides zur Verfügung zu stellen, resp. landwirthschaftlichen Genossenschaften Kredit zu gewähren.“ Der

von Woyna bebauerte nur, daß die Seehandlung „von dem Wohlthollen, welches sie der Nothlage der Landwirthschaft entgegenbringe“, in der Oeffentlichkeit nicht genügend Kenntniß gegeben habe. Der Präsident der Seehandlung von Burchard, der in jener Sitzung gleich nach Woyna zum Wort kam, hat mit seiner Zitierte die Mittheilungen des Lesektes bestritten. Wohl hat aber sowohl er, wie später Finanzminister Miguel auf die Grenzen hingewiesen, die der Seehandlung in Bezug auf die Befriedigung des landwirthschaftlichen Kreditbedürfnisses, namentlich des Personalkredits für den Einzelnen, sowohl durch den ganzen Charakter ihrer Einrichtung und Aufgabe, als durch die feststehenden Bestimmungen über ihre Geschäftsführung gezogen seien. Und Niemand hat diesen Ausführungen des Finanzministers, sowie ähnlichen bei der Beratung des Antrags von Wendelsteinsfeld und bei der Erörterung des Gesetzesentwurfs betreffend die preussische Zentralgenossenschaftskasse lebhafter zugestimmt, als die Herren auf der Rechten des Abgeordnetenhauses. Wenn jetzt der Bund der Landwirthe mit einem nach den geltenden Bestimmungen von vornherein unerfüllbaren Verlangen an die Seehandlung herantreten ist, so werden die Herren von Böck und Genossen dem Verdict nicht entgehen, daß sie ihre Forderung im Bewußtsein der Unerfüllbarkeit derselben lediglich zu agitatrischen Zwecken erhoben haben.“

— Ein neuer evangelisch-sozialer Kongreß soll unter der Führung Stüders zum Herbst in Berlin einberufen werden. Die Absicht soll sein, der Naumann'schen Richtung die Spitze zu bieten. Die stehenden Gegenstände über die Bodenreform zwischen älteren und jüngeren Christlich-Sozialen, wobei Stüder, Baquer u. A. den gegenwärtigen Zustand verteidigen, Naumann, Goehre und Anhang den Großgrundbesitz beseitigen möchten, machen ein längeres Zusammenbleiben in demselben Kongreß nicht denkbar und die fruchtbare Trennung sei das natürlichste.

— Zur Schaffung eines Normarstatuts für Viehver sicherungsgesellschaften ist seitens des Landwirtschaftsministers sämtlichen Ober- und Regierungspräsidenten ein diebbezoglicher Rund- erlaß zugegangen, der in erster Linie den Land- wirtschaftskammern zur Begutachtung über- wiesen ist.

Oesterreich = Ungarn.

Wien, 10. Juli. Die im September bevorstehende Ankunft des kaisers Franz Josef in Rumänien bildet nicht nur einen Gegenbesuch für das Erbkönigreich des Königs Karol im vorigen Jahre zu sich, sondern auch die Anerkennung für die entscheidende Unternehmung Rumäniens an die Dreihundpolitik. Um nicht den Schein des Uebelwollens gegen Serbien zu erwecken, wurden gleichzeitig Schritte zur Verringerung der Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien eingeleitet, die in Folge der Einwirkung des Königs Alexander von Serbien begleitet sind. Deshalb wird der Reize des Kaisers nach Rumänien eine Begegnung mit König Alexander vorausgehen, nachdem dieser die Einladung zur Theilnahme an der feierlichen Eröffnung des Eisernen Thores angenommen hat.

In hiesigen diplomatischen Kreisen findet die erfolgreiche Vermittelung des Grafen Goltzowski zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Rumänien und Griechenland lebhafteste Beachtung. Goltzowski kam hierbei seine guten Beziehungen zu rumänischen Staatsmännern aus seiner früheren Stellung als Gefandter in Bukarest sehr zu statuten. Die Vertiefung zwischen Rumänien und Griechenland wird hier als Anknüpfungspunkt für ein Zusammengehen dieser beiden Staaten in allen Völkern und damit als wertvolles Gegenstück gegen den slavischen Balkanbund für die Zukunft angesehen, zumal Rumänien schon bisher gegen die slavifizierenden Bestrebungen auf der Balkanhalbinsel den Hauptstützpunkt bildete.

Italien.

Nom. 10. Juli. Man erwartete beim Schluß der Kammer eine Erklärung der Regierung über die Verathung der Militärvorlage eine solche ist aber nicht erfolgt. Die „Stätte“ meint, daß noch Schwierigkeiten zu besagen bleiben und man nicht weiß, ob man sie von hent zu morgen wird überwinden können. Die Kammer beendete die Verathung der Tagesordnungen zu der Vorlage über das Kommissariat für Sizilien. Ministerpräsident di Rudini erklärte, er acceptire folgende von Gallo beantragte Tagesordnung: Die Kammer geht im Vertrauen zur Regierung zur Verathung der Artikel der Vorlage über. Diese Tagesordnung Gallo wurde mit 292 gegen 139 Stimmen angenommen.

Rom, 10. Juli. Der Kriegsminister Nicotti hat seinen feine Demission gegeben, weil Rubini im Einverständniß mit Cavallotti die Verathung der vom Senate schon gebilligten Militärentwürfe auf November vertagen will. Mit Nicotti werden wahrscheinlich auch der Schatzminister Colombo, der Arbeitsminister Peruzzi und der Postminister Carmine — alle von der Rechtspartei — aus dem Kabinete austreten.

Rußland.

Petersburg. 10. Juli. Der Großfürst Alexej Alexandrowitsch besichtigte heute Vormittag in Begleitung des Großfürsten Cyrill Wladimirowitsch, des Generaladjutanten Viceadmirals von Bremer und seiner persönlichen Adjutanten die beiden deutschen Schulschiffe „Stein“ und „Stoß“. Der Großfürst wurde auf beiden Schiffen mit den üblichen Ehrenbezeugungen empfangen. Er besichtigte die Schiffe auf das eingehendste, erkundigte sich mit großem Wohlwollen und sichtlichem Interesse nach der Ausbildung der Kadetten und Mannschaften und sprach sich zum Schluß in anerkennendster Weise über den Zustand der Schiffe und die vortreffliche Ausbildung ihrer Besatzung aus. Dem Kommandanten drückte der Großfürst seine große Genugthuung und Freude aus, zwei so stattliche deutsche Kriegsschiffe auf der Petersburger Allee besichtigen zu können; er hoffe, der Aufenthalt werde Offizieren und Mannschaften in freundlicher Erinnerung bleiben. Als der Großfürst, welcher deutsche Admiralsuniform trug, die Besichtigung beendigt hatte, enthielten die Kadetten und Matrosen auf und die Musikkapellen spielten die russische Nationalhymne. Der Großfürst stand bei der Vorbeifahrt lustigend in seiner

Boote. Dem vom schönsten Wetter begünstigten
Schauspieler wohnte am Ufer der Newa eine zahl-
lose, festlich gestimmte Menschenmenge bei.

Alfrida.

Der Staatssekretär der Kolonien Chamberlain erklärte im englischen Unterhause, wie aus London, 10. Juni, gemeldet wird, das Gerücht, daß Truppen auf dem Wege nach Beira anzuhalten worden, sei unbegründet. Die portugiesische Regierung habe den Durchzug für die zur Unterdrückung des Aufstandes nach Mosabete bestimmten Truppen durch ihr Land bewilligt. — Das Haus habe zu entscheiden, welche Mitglieder den Untersuchungsausschuß über die Chartered Company bilden sollen. Wenn das Haus wünscht, daß der Minister an dem Untersuchungsausschuß Theil nimmt, so würde der Minister den Ausschuß dadurch nicht kontrolliren. Der Ausschuß sei selbstredend befugt, einen Minister als Zeugen vorzuladen. Er fügte noch hinzu, daß er (Chamberlain), soweit er in Betracht komme, erfreut sein würde, der Theilnahme an der weiteren Arbeit bei den Ausschüssen überhoben zu sein. Ueber die Art der Bildung des Ausschusses werde erst nach Beendigung des Prozesses entschieden werden.

Der Afrikareisende Dr. Emil Holub be-
richtet dem „Neuen Tagbl.“ von der Auffindung
eines Goldlandes im Oranjestaat, das er als
zweites Transvaal bezeichnet. Das betreffende
Gebiet liegt an den Ufern des Baasflusses und
wurde zum Theil bereits von Randkapitalisten
angekauft.

Amerifa.

Chicago, 10. Juli. Bei dem ersten Wahlgang zur Aufstellung eines Kandidaten für die Präsidentschaft erhielten Bland 233, Bryan 105, Pattison 95, Boies 86, Blackburn 83 Stimmen. Außerdem erhielten unter Anderen Tillman 17, Teller 8, Hill 1 Stimme. 185 Delegirte enthielten sich der Abstimmung. Beim zweiten Wahlgange erhielten Bland 281, Bryan 197, Pattison 100 Stimmen. Beim dritten Wahlgange erhielten Bland 291, Bryan 219, Pattison 97 Stimmen.

Winke für die Besucher der Berliner Gewerbe - Ausstellung.

Die Sommerfrischler haben in den letzten 14 Tagen von dem „Sommer“ nicht zu viel geschöpft, dagegen die „Frische“ recht empfindlich gemerkt, insofern sendet die Sonne wieder ihre sengenden Strahlen hernieber, die Ferien haben begonnen und Alt und Jung sehnt sich hinaus in den Wald, das Gebirge oder an die See. Doch kommt man in diesem Jahre in die sonst beschäftigten Erholungs- und Badeorte, so hört man Klage, daß der Verkehr nicht sehr erheblich sei, daß es besonders an Touristen mangle und der Schluß-Reizant dieser Klagen besteht meistens in dem Senfzue: „Daran ist die Gewerbe-Ausstellung schuld! Alles macht nach Berlin!“ — Man müßte darnach glauben, daß der Fremdenverkehr in Berlin ein ganz außergewöhnlicher ist, aber wer an Wochentagen die Ausstellung besucht hat, der wird auch jetzt noch sehr viel Klage, manche Ausstellungshalle vereinsamt finden und das Stöhnen vieler Aussteller wird ihn belehren, daß der Verkehr noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. — Man wird es Niemand verdenken, wenn er das Verlangen hat, die Gewerbe-Ausstellung zu besuchen, denn Zedermann — ob Künstler, ob Handwerker, ob Kaufmann oder Beamter — wird dort etwas finden, das sein Interesse besonders in Anspruch nimmt und der Gesamt-Eindruck wird ihn sicher überraschen, aber es ist eine ganz falsche Ansicht, wenn man glaubt, eine Reise nach der Ausstellung erfordere so hohe Kosten, daß man deshalb jede andere Erholungsreise für dieses Jahr aus dem Sommerprogramm streichen müsse. Gerade von Stettin aus läßt sich eine solche Reise ohne Aufwendung großer Mittel unternehmen und das wird ein Jeder gern möchte, so wollen wir hier einige Fingerzeige dazu geben.

Stettin ist so günstig gelegen, daß die Fahrt nach Berlin große Kosten nicht erfordert, dazu kommt, daß die königliche Eisenbahn-Direktion die 10 Tage günstigen Sonder-Rückfahrkarten an jedem Dienstag und Freitag ausgiebt und bis zum Schluß der Reisezeit ausgiebt.

zum Schluß der Ausstellung nur noch an einem Freitag (7. August) diese Vergünstigung aufgehoben wird. Bemerkt sei, daß bei dieser Fahrt für jedes Billet ein Freigepläd von 25 Mark gewährt wird. Die Fahrt wäre also die billigste Ausgabe, aber für diejenigen, welche in Berlin keine Freunde oder Verwandten haben, bedeutet sie sich als „Logigräße“ einzunisten können, kommt die Frage des Logis in Betracht. In dieser Beziehung ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß Mangel an Quartieren sei, resp. daß die Hotels einen erheblichen „Ausstellungs-Aufschlag“ für ihre Zimmer verlangen. Auch das ist irrig, es sind nur eine geringe Anzahl von Hotels und Gasthäusern, welche einen solchen Aufschlag haben eintreten lassen, im Ganzen zählt man die gewöhnlichen Preise. Aber wenn eine Familie die Fahrt unternimmt, so möge

erläßt diese Normalpreise noch drückend sein und wollen wir deshalb darauf aufmerksam machen, daß in Berlin gegenwärtig Hunderte von Privatlogis zur Verfügung stehen, wo man zu ganz mäßigen Bedingungen bequeme und reinliche Unterkunft findet, besonders in nächster Nähe der Ausstellung, in der Treptowerstraße. Ist an Privatlogis kein Mangel, außerdem sind solche auch schon mehrfach im Interesse dieses Blattes angepriesen. — Aber für Steffin fällt die Frage des Nachtquartiers nicht einmal in Betracht, denn durch die sonntäglichen Sonderzüge, welche von hier — 6. M. 2. Klasse, 3. M. 3. Klasse — abgelassen werden, ist Gelegenheit geboten, einen Besuch der Ausstellung an einem Tage zu ermöglichen. Wenn man bei Ankunft des Sonderzuges in Berlin sofort die günstigste Gelegenheit zur Fahrt nach Treptow benützt und bis zum Abend auf der Ausstellung verweilt, so genügt diese Zeit vollständig, um ein Bild von der Haupt-Ausstellung zu erlangen und es bleibt auch noch Muße, die interessantesten Sonder-Ausstellungen zu besichtigen. Den Verkehr nach der Ausstellung vermitteln zum Preise von 20—30 Pfg. Stadtbahn, elektrische Bahnen, Pferdebahnen und Omnibuslinien, außerdem erreicht man dieselbe auch, zum heuere durch ein

angenehme Wasserfahrt auf der Spree an der
kleinen Straußenerstraße, sowie von der
Reifen- und Jannowitz-Brücke aus. — Der
Eintrittspreis in die Ausstellung beträgt täglich
— mit Ausnahme der Donnerstage — 50 Pf.
und wer nicht mehr als diesen Preis opfern
will, der wird schon voll befriedigt, wenn er das
Alles besichtigt, wozu ihn diese 50 Pf. zum
Eintritt berechtigen.

Zunächst wird den Besuchern die Ausdehnung des Ausstellungsgeländes und die Wirkung der einzelnen Gebäude überlassen, besonders wenn man berücksichtigt, daß die Herstellung der letzteren im Laufe eines Jahres vollendet ist. Den ersten Besuch muß man dem Hauptgebäude machen, welches eine Grundfläche von 60 000 Quadratmeter einnimmt und mit seiner Wandelhalle, dem Kuppelraum und den weiten Ausstellungshallen einen imposanten Anblick gewährt. Es ist natürlich nicht möglich, alle Gegenstände eingehend zu besichtigen, dazu ist die Ausstellung zu reichhaltig, dieselbe ist in Gruppen eingetheilt, so daß Jeder leicht die ihn interessirende Industrie aufsuchen kann. Besonders möchten wir auf die im Kuppelraum befindliche Ausstellung der königl. Porzellan-Manufaktur aufmerksam machen und Niemand versäume, in der Mittelhalle die in einem besonderen Pabillon untergebrachte historische Trachten-Ausstellung zu bewundern, durch welche in großen Gruppen der Wandel der Mode von 1796—1896 dargestellt ist; unsere Leserinnen machen wir noch besonders auf die im 2. Stockwerk befindlichen Sonder-Ausstellungen aus dem Bereiche der neuesten Moden aufmerksam.

Ohne Sonder-Entree kann man dann weiter eine ganze Reihe von Spezial-Ausstellungen besichtigen: das Chemiegebäude, die Fischerei-Ausstellung, in der sowohl der Binnen- wie der Seefischerei ein weites Feld eingeräumt ist. Ueberaus sehenswerth ist ferner die Sport-Ausstellung und von kommunalem Interesse das Gebäude der Stadt Berlin, in diesem dürfte Handwerker und Industrielle besonders die Ausstellung der Arbeiten gewerblicher Fachschulen und der Fortbildungsanstalten interessieren. Wer sich mit den inneren Einrichtungen und dem Betriebe einer Druckerei bekannt machen will, dem bietet der „Berliner Lokal-Anzeiger“ in einem besonderen Pavillon dazu Gelegenheit, und Blumenfreunde werden in der Gartenbau-Ausstellung volle Befriedigung finden. Man darf auch nicht versäumen, das prächtige Hauptrestaurant mit dem imposanten Wasserthurm und dem großen See zu besichtigen, besonders am Abend bei glänzender Beleuchtung ist dieser Theil von überraschender Wirkung; auch ein Blick in den Vergnügungspark ist nicht uninteressant, am Sonntagmorgen herrscht dort toller Trubel, gleich beim Betreten desselben fällt das „Automaten-Restaurant“ ins Auge, in dem die Automaten nicht nur Schokolade und Bonbons, sondern Wein, Bier, Viqueur, Kaffee, Chokolade, ja selbst die verschiedenen warmen Speisen spenden. — Alles dies kann man für den Eintrittspreis von 50 Pf. sehen, mehr als genug, um einen Tag auszufüllen und manches Schöne und Belehrende zu schauen.

Wer außerdem noch den Sonder-Ausstellungen einen Besuch machen will, dem empfehlen wir zunächst die Kolonial-Ausstellung, welche nur 30 Pf. Entree kostet und eine Fülle des Interessanten und Wissenswürdigen aus den deutschen Kolonien bietet. Die Besichtigung der „Sanktbar-Stadt“ verlangt einige Zeit und die Kolonialhalle, die wissenschaftliche Halle und das Tropenhaus nehmen unsere Aufmerksamkeit voll in Anspruch, vor allem aber wird dieselbe durch das Leben in den Dörfern der Eingeborenen erweckt, in denen sich gegen 90 Bewohner unserer überseeischen Besitzungen in ihren heimathlichen Gebräuchen und ihrem häuslichen Walten vorstellen und dem Besucher in freundschaftlicher Weise die schwarze deutsche Brudergang reichen. — Auch die Ausstellung „Alt-Berlin“ (Entree 25 Pf.) mit ihren alterthümlichen Gassen und Plätzen und „Skaito“ (Entree 50 Pf.) sind eines Besuchs werth, doch muß man in Skaito gegen die Belästigungen rabulischer Bettelgeister fein und man darf bei dem „Bauchtanz“ den Appetit nicht verlieren. — Alles dies läßt sich bei einem eintägigen Besuche besichtigen, wenn man damit zufrieden ist, einen Ueberblick über die Gesamt-Ausstellung zu gewinnen und auf eingehende Würdigung einzelner Ausstellungsobjekte verzichtet.

Ein Umstand, welcher Vielen den Besuch der Ausstellung bedeutend erschweren läßt, ist die Verpflegung; übertriebene Zeitungsnachrichten ließen fürchten, daß in dieser Beziehung alles zu theuer sei, daß es nur mit großen Opfern möglich, den Appetit zu stillen. Weit gefehlt! Wer sich billig verpflegen will, findet auch ganz Gelegenheit, freilich darf er sich nicht bei Aldon u. Dressel im Hauptrestaurant häuslich niederlassen. Aber an anderen Restaurationen ist kein Mangel und die Konkurrenz bedingt es, daß die Preise nicht zu hoch gestellt werden dürfen. Man braucht kein besonderes Wahrjagetalent zu besitzen, um schon jetzt zu behaupten, daß fast für alle Restaurants die Ausstellung ein großer Reinsfall bedeuten wird, denn nur zu oft übersteigt „im neuen Biered“ die Zahl der Kellner die Zahl der Gäste. Will Jemand ganz billig leben, so begiebt er sich in die in der Nähe des „Rassen Biered's“ belegenen Gassen für Volksmassenernährung, wo er sich bei 10 Pf. für jede Portion schnell sättigen kann und für denselben Preis auch recht guten Kaffee, Thee, Schokolade oder Limonade erhält. Es fehlt auch nicht an anderen Stellen, wo billig warme Getränke verabreicht werden. In der großen Fischstochhalle erhält man für 30 Pf. eine Portion von schmackhaft zubereiteten Seefischen und diese „Stoßportionen“ sind recht reichlich bemessen. „Warme Wiener“ werden an verschiedenen Stellen zum üblichen Normalpreis feilgehalten, und will man sich von der sauberen Zubereitung derselben überzeugen, so besichtige man Dester's Gebäude für Wurstfabrikation, dort kommt der Appetit beim Zusehen. — Aber selbst wenn man zu Mittag ein vollständiges Dinner haben will, braucht man nicht allzu tief in den Geldbeutel zu greifen, denn im „Vergnügungspark“ laßt die Brauerei Bißelsberg von 1—4 Uhr Mittags zu einem Diner ein, welches aus Suppe, Gemüse mit Beilage, oder Fisch, Braten und Kompott, Eis und Butter und Käse besteht und nur 80 Pf. kostet, wobei man noch Gratis-Konzert einer Marine-Damen-Kapelle genießt, ohne daß ein Preisaufschlag zu fürchten ist.

Materialschaden sehr bedeutend.